

Protokoll XI
der 7. ordentlichen Sitzung des 39. Studierendenparlaments der
Philipps-Universität Marburg am Mittwoch, den 12. Mai 2004
im Hörsaal 7
im Hörsaalgebäude in der Biegenstr. 14, 35037 Marburg.

Protokollantin: Stefanie Geyer

Die Sitzung ist öffentlich.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung des Protokolls der vergangenen Sitzung
3. Genehmigung der weiteren Tagesordnung
4. Bericht des AStA
5. Semesterticketvertrag RMV (1. Lesung)
6. Semesterticketvertrag RMV (2. Lesung)
7. Semesterticketvertrag NVV (1. Lesung)
8. Semesterticketvertrag NVV (2. Lesung)
9. Diskussion und Beschluss über Semesterbeitrag/ Semester-ticketbeitrag NVV (1. Lesung)
10. Diskussion und Beschluss über Semesterbeitrag/ Semester-ticketbeitrag NVV (2. Lesung)
11. Nachtragshaushalt (1. Lesung)
12. Nachtragshaushalt (2. Lesung)
13. UB-Parkplatz
14. Nachwahl 2. Vizepräsidentin
15. Nachwahl RPA (1 Mitglied)
16. Nachwahl Satzungskommission (1 Mitglied)
17. Neufassung Geschäftsordnung (1. Lesung)
18. Neufassung Geschäftsordnung (2. Lesung)
19. Satzungsänderung (1. Lesung)
20. Satzungsänderung (2. Lesung)
21. Änderung Finanzordnung (1. Lesung)
22. Änderung Finanzordnung (2. Lesung)
23. Verschiedenes

[BEGRÜßUNG / BESCHLUSSFÄHIGKEIT]

Um 20:18Uhr eröffnet die amtierende Präsidentin des Studierendenparlaments, **Ortrun Brand**, die Sitzung. Sie begrüßt die Anwesenden und stellt bei 29 anwesenden MandatsträgerInnen die Beschlussfähigkeit fest.

Um 20:20Uhr erscheint der 30. Mandatsträger.



Die Präsidentin gibt bekannt, dass **Christian Hof** (FACHKRAFT) für die zurückgetretene **Anna Walber** nachgerückt ist. Für den exmatrikulierten **Sebastian Fehlberg** (RCDS) rückt **Patrick Bredebach** nach.

Ortrun Brand (Präsidentin) teilt mit, dass die Rechtsabteilung den Beschluss des Ältestenrates, die Sitzung vom 20.08.2003 aufzuheben, annulliert hat. Die Begründung dafür kann im Geschäftszimmer des AStA eingesehen werden. Außerdem weist sie auf Tischvorlagen hin, die sich jeder ParlamentarierIn mitnehmen soll.

Um 20:22 Uhr erscheint der 31. Mandatsträger.

TOP 1: [PROTOKOLL VOM 28. APRIL 2004]

Das Protokoll wird ohne Anmerkungen **genehmigt**.

TOP 2: [GENEHMIGUNG DER WEITEREN TAGESORDNUNG]

Ortrun Brand (Präsidentin) schlägt vor, die TOPs Semesterticketvertrag NVV (I. und II. Lesung) zu vertagen. Außerdem empfiehlt sie die TOPs 13-21 zu vertagen. Es wird keine Gegenrede erhoben. Da diese Tagesordnungspunkte bereits zweimal vertagt wurden, beantragt sie, dass sich das Studierendenparlament gem. § 172 GO ausnahmsweise über diese Regelung der Geschäftsordnung hinwegsetzt und diese TOPs mehrfach vertagen kann. Dies wird ohne Gegenrede einstimmig **angenommen**.

Henrik Piltz beantragt, nach TOP 13 „UB-Parkplatz“ einen neuen TOP „Studentische Initiativen“ einzufügen. Dies wird ohne Gegenrede **angenommen**.

Die gesamte Tagesordnung wird mit diesen Änderungen genehmigt.

TOP 3: [BERICHT DES AStA]

Henrik Piltz (Finanzreferent) berichtet vom AStA-Ersti-Fest [siehe Anlage 1].

Sabine Klomfaß (AStA-Vorsitzende) erklärt, dass sich im Referat für Hochschulpolitik einige Dinge verändert haben. Demnach sei eine der ReferentInnen, **Jennifer Pahmeyer**, nach Hamburg gewechselt. An ihrer Stelle ist, bereits vor einigen Wochen, **Tim Bessel** ernannt worden. Außerdem ist für **Frank Michler**, der jetzt ohne Bezahlung weiterarbeitet, **Christian Hof** ernannt worden. Sie berichtet des Weiteren von einem Gespräch mit Wissenschaftsminister Udo Corts. Er habe u.a. seine Vorstellungen bzgl. der weiteren Hochschulentwicklung vorgestellt. So sei eine seiner Überlegungen, so genannte Premiumstudiengänge besonders zu fördern. Hinsichtlich der Verfassten Studierendenschaft habe Corts angekündigt, diese im Zuge der anstehenden HHG-Novellierung aus dem HHG herauszunehmen, dort aber festzuschreiben, dass es der

Hochschule überlassen bleibe, ob sie die Verfasste Studierendenschaft beibehalte oder nicht. Die AStA-Vorsitzende stellt fest, dass es schon jetzt gelte darauf hinzuwirken, dass diese in Marburg erhalten bleibe. **Daniel ten Brinke** (Juso HSG) weist auf den Grundordnungsentwurf hin, der demnächst in den Senat komme. Dort müsse die Verfasste Studierendenschaft bereits jetzt festgeschrieben werden. **Daniel** will sich darum kümmern. Er sagt ebenfalls zu, den GO-Entwurf an den AStA zu schicken.

Daniel ten Brinke fragt nach, wie sich Minister Corts Premiumstudiengänge vorstelle. **Sabine** antwortet ihm, dass noch keine genauen Pläne vorliegen, aber Überlegungen vorhanden seien, Erst-Studiengänge mit Gebühren zu belegen, die besonders betreut werden. Grundsätzlich solle es aber keine Studiengebühren geben. Sie weist noch einmal auf eine Veranstaltung des AStA hin, auf der die Strukturpläne der Uni bereits vordiskutiert werden sollen (Montag, der 24. Mai 04; 20Uhr; HSG 7).

Um 20:33Uhr erscheint der 32. Mandatsträger.

Daniel ten Brinke (Juso HSG) regt an, dass der AStA eine Vorlage „Grundsatzbeschluss zu Premiumstudiengängen“ ins Stupa einbringt.

Volker Ostermeyer (LHG) erkundigt sich, warum ihm die Rechnungsprüfung durch den AStA verweigert wurde.

Henrik Piltz (Finanzreferent) erwidert, dass Gretel Sommer, die Buchhalterin, in letzter Zeit häufig krank war und aufgrund dessen mit der Buchhaltung in Verzug sei. Außerdem wolle sie nur mit dem Finanzreferenten zusammen die Prüfung durchführen. Des Weiteren sei er mit dem Problem der Prüfung bereits an die Rechtsabteilung herangetreten und warte noch auf eine Antwort.

Volker macht deutlich, es handle sich nicht nur um den heutigen Termin, sondern grundsätzlich um die Prüfung.

Ortrun Brand (Präsidentin) erläutert, die Finanzordnung und Satzung widersprächen sich in diesem Punkt grundsätzlich. Es sei also keine eindeutige Interpretation möglich.

Michael Jaschek (Unabs): „In der Satzung steht: jeder Student darf die Bücher prüfen. Ich schlage einen Termin für nächsten Montag um 11Uhr vor.“ Dieser Termin solle für alle ParlamentarierInnen und nicht nur für Mitglieder des RPA gelten.

Der **Finanzreferent** erklärt, dass die Buchhaltung sehr stark zurückhänge und die Prüfung viel Zeit in Anspruch nehme.

Daniel ten Brinke (Juso HSG) glaubt, dass die wenigen Buchungen nicht der wahre Grund seien. Er fragt nach, was der politische oder sachliche Grund sei.

Grit Meier (2. AStA-Vorsitzende) bemerkt, dass es bisher nie so war, dass der RPA laufende Geschäfte prüft.

Michael Jaschek (Unabs) weist diese Bemerkung aufs Schärfste zurück und beharrt auf seiner Frage: „Können wir am Montag zwei Stunden in den AStA kommen: ja oder nein?“

Der **Finanzreferent** erklärt erneut, er habe diese Entscheidung bereits der Rechtsabteilung übergeben.

Tanja Viel (Juso HSG) berichtet: „Wir sind heute morgen [Anm. d. Protokollantin: in den AStA] gekommen und uns ist beiden der Zutritt verweigert worden.“

GO-Antrag von **Frank Michler** (Fachkraft) auf **Ende der Debatte. Formale Gegenrede: Tanja Viel** (Juso HSG). Der GO-Antrag wird mit 18:12:2 **angenommen**.

Um 20:48Uhr verlässt der 32. Mandatsträger die Sitzung.

TOP 4: [SEMESTERTICKETVERTRAG RMV (1. LESUNG)]

Ortrun Brand (Präsidentin) stellt den vom AStA eingebrachten Antrag auf Zustimmung zum Semesterticketvertrag mit dem RMV, anhand der gravierendsten Änderungen in den einzelnen Vertragsteilen vor.

Daniel ten Brinke (Juso HSG) erkundigt sich, was der RMV gemacht hätte, wenn die Subventionen schon früher weggefallen wären.

Hansjörg Röhrich (stellvertretender RMV-Geschäftsführer und Verhandlungsführer) erklärt ihm, dass es sich um ein Missverständnis handele. Der Vertrag wurde von der Frankfurt Verkehrsgesellschaft 1999 in Frage gestellt. Daraufhin habe, nachdem Neuverhandlungen vor dem Scheitern standen, der Staatssekretär erklärt ein Modell zu schaffen, das ein Abschmelzen der Subventionen beinhalte.

Röhrich erklärt weiter, es sei ihm noch nie so schwer gefallen, Verhandlungen mit den ASten zu führen. Das habe daran gelegen, dass die Studierendenvertreter in der Materie sehr eingearbeitet waren. Das habe das wechselseitige Verständnis erleichtert. Die Verhandlungen seien schwer gewesen, da der Preis für die lokalen Unternehmen zu gering war, , für die ASten jedoch zu hoch. Da aber der Wille zum Abschluss letztlich vorhanden war, habe man sich schlussendlich geeinigt. **Röhrich** weist weiter darauf hin, dass wenn eine Partei, zum Beispiel eine Frankfurter Studierendenschaft, ausschere, es vorbei sei. Für die Frankfurter lokale Nahverkehrsgesellschaft traffiQ sei es auch hart, nach dem gestrigen Gespräch mit der Frankfurter OB Roth sei aber auch klar, dass die Frankfurter das zu schlucken hätten.

Ortrun Brand ergänzt, dass es ein Problem mit Frankfurt gebe, und zwar genauer mit der FH Frankfurt, daran wird gearbeitet.

Volker Ostermeyer erkundigt sich nach §5 Abs. 2 zweiter Halbsatz. **Röhrich** erläutert, dass dies für einen AStA gelte, dass es in diesem Fall dann nur für den einen AStA teurer werde.

Daniel ten Brinke erkundigt sich danach, was den RMV kurz vor dem Scheitern doch noch bewogen habe weiter zu verhandeln. **Röhrich** erläutert, der Frankfurter Uni-Präsident habe TraffiQ die Lage nochmals dargestellt. Es seien Gespräche im Hintergrund geführt worden, das sei ganz normal. Letztlich habe man sich aber geeinigt, weil der Grundtenor vorhanden gewesen sei, dass man das Ticket erhalten wolle.

Ortrun Brand erklärt schließlich noch den Vertragsabschluss mit dem NVV. Hier sei erreicht worden, dass der gesamte NVV nutzbar sei. Unter anderem sei das günstige Ergebnis deshalb zu Stande gekommen, weil bei den Marburgern andere Nutzungsquoten zu Grunde gelegt würden. Man müsse diese Verbesserung hinzuziehen, um das Gesamtpaket „Marburger Semesterticket“ zu bewerten.

Um 21:14Uhr verlässt die 31. Mandatsträgerin die Sitzung.

Hendrik Ahrens (LHG) erkundigt sich beim RMV-Geschäftsführer, wie wahrscheinlich Änderungen im ÖPNV seien. **Röhrich** erläutert, dass der RMV einen Umsatz von rund 1,2 Mrd. € jährlich mache. Bei einem solchen Umsatz mache ein Verlust von 15 Prozent schon etwas aus. Es bestehe die Gefahr, dass §45a-Mittel und weitere Subventionen wegfielen. Die Landschaft für den RMV sei nicht sehr rosig. In Zukunft sollen angesichts der zunehmenden Privatisierung des ÖPNV solche Pauschalergebnisse wie der Semesterticketvertrag nicht mehr möglich seien. Ein Parlamentarier erkundigt sich, wie hoch die Chance sei, dass der Aufsichtsrat zustimme. **Röhrich** erwidert, dass die Chancen ganz gut aussähen.

Daniel ten Brinke bringt für die Juso HSG folgenden **Antrag** ins Studierendenparlament ein:

„An das Präsidium des 39. Studierendenparlaments:

***Initiativantrag auf Durchführung einer Urabstimmung zum Thema
„Semesterticket“***

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Während der Wahlen zu den studentischen und universitären Gremien vom 28. Juni- 1. Juli 2004 wird eine Urabstimmung mit folgendem Inhalt durchgeführt:

„Ich stimme dem Verhandlungsergebnis bzgl. Des Semestertickets für die Jahre 2005-2010 zu: ja / nein“

Er begründet diesen Antrag wie folgt: „Es ist sinnvoll das Ergebnis auf diese Art und Weise zu legitimieren.“ Die Meinungen gingen an diesem Punkt auseinander. Einigen Studierenden sei es in einigen Bereichen zu teuer. Die Gründe, die dagegen sprächen, seien nicht relevant. Wenn die Urabstimmung zusammen mit den Uni-Wahlen durchgeführt würde, hielten sich die Kosten gering.

Grit Meier (2. AStA-Vorsitzende) stellt die Position des AStA dar: So bewerte dieser eine Urabstimmung prinzipiell als positiv. Die Wahlunterlagen seien aber schon gedruckt. Aufgrund dessen würden sich die Kosten des Versands und Drucks auf schätzungsweise 10.000€ belaufen. Die Rechtsabteilung habe klargestellt, es handle sich um eine Entscheidung, die nur ins Stupa gehöre, da der Antrag ein Finanzantrag sei. Für solche Entscheidungen gebe es schließlich dieses gewählte Gremium.

Daniel ten Brinke (Juso HSG) erkundigt sich, was verschickt werden müsste.

Grit Meier erwidert ihm: Um eine Urabstimmung ordentlich durchzuführen, müssen Benachrichtigungen an jeden Studierenden verschickt werden.

Ortrun Brand (Präsidentin) erklärt, dass die Urabstimmung in Frankfurt rund 30.000€ koste. Sie sei überzeugt, dass Unterlagen verschickt werden müssen.

Sebastian Mater (Ältestenrat) findet es auch zulässig die Urabstimmung durch Aushänge bekannt zu geben. Man müsse allen die Möglichkeit geben, ihre Meinung zu sagen.

Volker Ostermeyer (LHG) fragt nach, bis wann der Vertrag unterschrieben sein solle. **Ortrun Brand** (Präsidentin) erklärt ihm, dass der Beschluss bis Ende Oktober gefasst sein muss.

GO-Antrag auf Ende der Debatte von **Thede Eckart**. Der GO-Antrag wird ohne Gegenrede **angenommen**.

GO-Antrag von **Daniel ten Brinke** auf Sitzungsunterbrechung um 5 Minuten. Es wird keine Gegenrede erhoben.

Um 21:45h wird die Sitzung fortgeführt.

In der Pause verlässt der 30. Mandatsträger die Sitzung.

Der **Antrag** der Juso HSG auf **Durchführung einer Urabstimmung** wird mit 3 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen **abgelehnt**.

Abstimmung des Semesterticketvertrages in 1. Lesung:

Die Präsidentin schlägt vor die einzelnen *fünf Teile nacheinander abzustimmen* und anschließend den Gesamtantrag. Dies wird ohne Gegenrede **akzeptiert**.

Daniel ten Brinke (Juso HSG) zweifelt an der Rechtmäßigkeit der, vom Präsidium auf Grundlage des § 17 Abs. 3 der Finanzordnung der Studierendenschaft interpretierten, erforderlichen 2/3 Mehrheit der Anwesenden des Studierendenparlaments.

Er stellt einen **GO-Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes**. Formale Gegenrede von **Fabian Rehm** (Gruppe dissident) und ungefähr 10 weiteren ParlamentarierInnen. Der GO-Antrag wird mit 4:19:6 **abgelehnt**.

Teil 1: Der Antrag wird mit 26 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und einer Enthaltung (zwei ParlamentarierInnen haben an der Abstimmung nicht teilgenommen) **angenommen**.

Um 21:52Uhr verlassen der 29., 28. und die 27. ParlamentarierIn die Sitzung.

Daniel ten Brinke erklärt für die Juso HSG: „Wir verlassen unter Protest gegen diese Auslegung der Finanzordnung durch das Präsidium die Sitzung.“

Teil 1: Der Antrag wird mit 26:0:0 **einstimmig angenommen**.

Teil 2: Der Antrag wird mit 26:0:0 **einstimmig angenommen**.

Teil 3: Der Antrag wird mit 26:0:0 **einstimmig angenommen**.

Teil 4: Der Antrag wird mit 26:0:0 **einstimmig angenommen**.

Teil 5: Der Antrag wird mit 26:0:0 **einstimmig angenommen**.

Der **Gesamtantrag** wird mit 26:0:0 **einstimmig angenommen**.

TOP 5: [SEMESTERTICKETVERTRAG RMV (2. LESUNG)]

In zweiter Lesung wird der Semesterticketvertrag mit einer eindeutigen Mehrheit von 26:0:0 **angenommen**.

TOP 6: [SEMESTERTICKETBEITRAG NVV (1. LESUNG)]

Der AStA hat folgenden Antrag eingereicht:

„Das Studierendenparlament möge beschließen:

Der Semesterbeitrag wird zum Wintersemester 2004/2005 um 1,83 Euro auf 83,33 erhöht. Diese Beitragserhöhung setzt sich wie folgt zusammen:

- 1. Erhöhung des Semesterticketbeitrags NVV um vertraglich festgelegte 0,86 Euro von 10,17 Euro auf 11,03 Euro.*
- 2. Erhöhung des Semesterticketbeitrags NVV für die Ausweitung des Geltungsgebiets auf den gesamten NVV um 0,97 Euro von 11,03 Euro auf 12,00 Euro.*

Das Studierendenparlament ermächtigt darüber hinaus den AStA, für die Ausweitung des Gültigkeitsbereichs des Semestertickets eine Zusatzvereinbarung zum bestehenden Vertrag abzuschließen.

Begründung:

Laut einem Schreiben des NVV vom 10. Mai 2004 (vgl. Anlage) ist eine Ausweitung des Geltungsgebiets des Marburger Semestertickets auf den gesamten NVV schon zum Wintersemester 2004/2005 möglich, und zwar zu dem

im Zuge der jüngst abgeschlossenen Verhandlungen vereinbarten Preis von 12,00 Euro. Eine solche Ausweitung für zusätzliche 97 Cent stellt eine wesentliche Verbesserung des Semestertickets dar. Denn mit dieser Ausweitung können die Studierenden die gesamten Landkreise Kassel, Werra-Meißner, Waldeck-Frankenberg, Schwalm-Eder und Hersfeld-Rotenburg befahren. Nordhessen ist, wie die Studierendenstatistik zeigt, ein großes Einzugsgebiet für pendelnde Studierende. Für die, aber auch für alle, die gen Norden oder Osten nach Hause oder zu Tagungen etc. fahren, stellt diese Regelung somit eine deutliche Verbesserung dar. Eine Ausweitung im Wintersemester zu diesem Preis stellt auch insofern einen Vorteil dar, als im Wintersemester noch die aktuelle IC-Regelung gilt, trotzdem aber nur die zusätzlichen 97 Cent zu zahlen sind (vgl. Preiskalkulation im neuen NVV-Vertrag). Diese Möglichkeit wurde, wie soeben ausgeführt, sehr kurzfristig bekannt. Das Studierendensekretariat bittet um eine Angabe des Semesterbeitrags bis Montag, den 17. Mai 2004. Aus diesem Grund wird diese zusätzliche Beitragsänderung als Änderungsantrag eingebracht. Wir bitten angesichts der Zeitumstände hierfür um Verständnis.

Wir bitten aus diesen Gründen das Studierendenparlament, dem geänderten Antrag zuzustimmen."

Hendrik Ahrens (LHG) erkundigt sich, wo die 0,86€ „denn so plötzlich hergekommen“ sind. **Ortrun Brand** (Präsidentin) erklärt ihm, dass als die Neuverhandlungen angefangen hatten, der NVV auf diesen Fehler gestoßen sei; wenn der NVV jedes Jahr kontinuierlich erhöht hätte, wäre der Betrag bereits erreicht worden.

Abstimmung des Antrags in erster Lesung:

Ortrun Brand schlägt vor, zunächst die einzelnen zwei Punkte, dann die „Ermächtigungsklausel“ und anschließend den Gesamtantrag abzustimmen. Dies wird ohne Gegenrede **akzeptiert**. Abstimmung Punkt 1.) „Erhöhung um 0,86€“ wird mit 26:0:0 **einstimmig angenommen**.

Abstimmung Punkt 2.) „Erhöhung um 0,97€“ wird mit 26:0:0 **einstimmig angenommen**.

Die „Ermächtigung des AStA eine Zusatzvereinbarung mit dem NVV abzuschließen“ wird mit 26:0:0 ebenfalls **einstimmig angenommen**.

Der Gesamtantrag des AStA, den Semesterbeitrag zu erhöhen, wird mit 26:0:0 **einstimmig angenommen**.

TOP 7: [SEMESTERTICKETBEITRAG NVV (2. LESUNG)]

Der Gesamtantrag wird in 2. Lesung ebenfalls mit 26:0:0 **einstimmig angenommen**.

TOP 8: [NACHTRAGSHAUSHALT (1.LESUNG)]

Der AStA erklärt, dass er einen umfangreichen **Änderungsantrag** eingebracht habe, da der, vor einer Woche versandte, fehlerhaft sei. Der AStA bittet eindringlich um Zustimmung, da inzwischen bzgl. des StuGuG und dessen Bekämpfung ein Zeitdruck entstanden sei. Es fehle an Geld, um Klagen

vorzubereiten bzw. durchzuführen, d.h. effektiv arbeiten zu können.

Hendrik Ahrens (LHG) ist irritiert, dass kein Kontakt zur Opposition gesucht wurden. Er erklärt: „In zwei Wochen werden wir dem Haushalt zustimmen!“

Frank Michler (Fachkraft) weist noch mal auf die Dringlichkeit des Antrages hin. So würden Widerspruchsfristen auslaufen, der Zeitpunkt um aktiv zu werden sei genau zu dieser Zeit und nicht erst in zwei Wochen.

Volker Ostermeyer (LHG) erkundigt sich, ob die Widerspruchsfristen jetzt beschieden werden müssen.

Frank Michler (Fachkraft) erklärt ihm, dass die Widersprüche zunächst seitens der Uni beschieden werden.

Volker Ostermeyer (LHG) moniert, dass alle zwei Wochen ein neuer Nachtragshaushalt durch den AStA eingebracht wird.

Sabine Klomfaß (AStA-Vorsitzende) erläutert, dass eine schnelle Entscheidung angesichts des Zeitdrucks vonnöten sei. Sie bittet erneut alle ParlamentarierInnen unabhängig vom politischem „Geplänkel“, ausschließlich inhaltlich zu entscheiden.

Abstimmung des Nachtragshaushalts in 1. Lesung:

Abschnitt 1) wird mit 19:5:2 **abgelehnt**.

Damit ist der Antrag in sich nicht mehr stimmig und somit gescheitert.

TOP 9: [Nachtragshaushalt (2.Lesung)]

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt, da der Antrag in 1. Lesung gescheitert ist.

TOP : [Verschiedenes]

Philipp Imhof (Fachkraft) verliest eine Erklärung, die Stellung zur vergangenen Sitzung („Protokollaffäre“) bezieht. Die Erklärung ist diesem Protokoll angehängt (Anlage 2 und 3). Nach dem Verlesen entsteht ein Dissens. **Ortrun Brand** weist darauf hin, dass es bei diesem strittigen Punkt sinnvoll gewesen wäre, einen speziellen Tagesordnungspunkt zu beantragen.

Aufgrund des Zeitmangels schließt die amtierende Präsidentin des 39. Studierendenparlaments, **Ortrun Brand**, um 22:17Uhr die Sitzung.



Für das Protokoll:
gez. **Stefanie Geyer**,
Vizepräsident des 39. Studierendenparlaments

Für die Richtigkeit:

Ortrun Brand, Präsidentin des
39. Studierendenparlaments

Marburg, den 30. Januar 2025

Anlage 1: „AStA-Ersti-Party“

Zuerst will ich mich bei allen HelferInnen und ReferentInnen bedanken, die die Ersti-Party erst möglich gemacht haben, und die ihre Arbeitskraft und ihr Engagement selbstverständlich und ohne Entschädigung, außer ein paar belegte Brötchen und Wasser, zur Verfügung gestellt haben.

Nicht nur durch die Insolvenz der Marburg Brauerei gab es bei diesem Erstsemesterfest einige Veränderungen.

Die Diversifikation der Verköstigung wurde weiter vorangetrieben, darunter Pizza, Döner Kebab und Bratwürste für den leeren Magen.

Zum Löschen der trockenen Kehlen wurde wie immer an den Theken des AStA Wasser, Limo, Schorle und Bier angeboten. Dazu gab es eine Vielzahl von Cocktail- und Getränkeständen, die auch die kulinarischsten Geschmäcker befriedigten.

Als neue Lieferanten für Bier konnte die in Marburg bereits bekannte Brauerei Thome gewonnen werden. Alkoholfreie Getränke wurden von der Mittelhessischen Getränkeindustrie (Naumann) geliefert.

Das Preissystem wurde geringfügig verändert, so wurde Bier, 0,33l Flaschen, zum Preis von 1,80€, Alkoholfreie Getränke (außer Wasser), 0,5l Flaschen, zum Preis von 1,30€ und Wasser, 0,5l Flaschen, zum Preis von 0,80€ verkauft. Der Pfand pro Flasche betrug 0,20€.

Der Konsum von Bier lag um beinahe 1/3 unter dem des Vorjahres, insgesamt wurden 8800 Flaschen Bier verkauft, was einen Umsatz von ca. 16000€ entspricht. Dazu 1500 Flaschen Cola, Fanta, Schorle und Wasser. Insgesamt entsprach der Getränkeumsatz ca. 18000€.

Insgesamt waren etwas weniger als 4000 Besucher auf der Party.

Zur Reduktion der Kosten wurden im Vorfeld verschiedenste Maßnahmen ergriffen:

Zum einen wurde das Konzept des verbilligten Eintritts zwischen 20:00 und 21:00 Uhr aufgegeben, die Gesamte Party wurde um 1 Stunde verkürzt. So konnten Einsparungen beim Personal erzielt werden, vor allem aber eine umsatzschwache und unrentable Zeitspanne eliminiert werden.

Durch den Wechsel zur Brauerei Thome, konnten weitere 2€ pro Kasten Bier eingespart werden.

Auch der Wegfall der Gage von Toni Kater, die krankheitsbedingte Absagen musste, trug zum guten Ergebnis bei.

Die Erhöhung des Eintritts war nur konsequent, um ein kulturell anspruchsvolles Programm aufrechtzuerhalten, und so einen Wettbewerbsvorteil zu erlangen.

Wieso der Getränkeumsatz geringer als beim letzten Fest war, muss noch ausgiebig analysiert werden. Zum einen kann die Eröffnung des FunParks, zum andern die Einführung des heißgeliebten StuGuGs zur Reduzierung des Umsatzes geführt haben.

Nach Abzug der bisher entstandenen Kosten konnten wir einen Gewinn in Höhe von 4000€ verbucht werden.

Henrik Piltz, Finanzreferent des AStA



Anlage 2

Anna Walber
Liebigstraße 10
35037 Marburg

Marburg, 12.05.2004

An das
Präsidium des 39. Studierendenparlaments
– im Hause –

Rücktritt

Ich distanziere mich von einem
Studierendenparlament, das solche¹ Beschlüsse
fasst.

Als Konsequenz daraus trete ich als
Parlamentarierin des 39. Studierendenparlaments
mit sofortiger Wirkung zurück.

Anna Walber

¹ Siehe Protokoll X der 6. ordentlichen Sitzung des 39. Studierendenparlaments vom 28.04.2004, TOP 1, Pkt. 2: „Philipp Ostermann [LHG] moniert, den „Schmiergeld“-Satz auf Seite 4 [des Protokolls vom 16.02.2004] habe er nicht gesagt. Ortrun Brand beantragt, diesen Satz komplett zu streichen. Gegenrede durch Anna Walber [FACHKRAFT]. Ergebnis der Abstimmung des Änderungsantrags: 18:12:3. Damit ist der Antrag angenommen und der Satz wird gestrichen.“

Anlage 3

Erklärung der Liste FACHKRAFT

in der 7. ordentlichen Sitzung des 39. Studierendenparlaments vom 12.05.04

"Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, ich wiederhole: mein Ehrenwort"

Der Vorwurf, in Schmiergeld, Bestechung oder Korruption verwickelt zu sein, ist keineswegs eine Lappalie. Das Gesetz spricht in all diesen Fällen von "Vorteils(an)nahme" als einen Straftatbestand, der mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren oder Geldstrafen bestraft werden kann. [vgl. rechtslexikon-online.de]. Amtsträger/inn/en im öffentlichen Raum suggestiv zu unterstellen, sie hätten Vorteile dieser Art angenommen, bedeutet also, diese zu kriminalisieren.

Das Protokoll der Sitzung des 39. Studierendenparlaments vom 16.02.04 dokumentiert die als Frage formulierte Anschuldigung der Vorteilsannahme durch den amtierenden ASTa, erhoben von einem Parlamentarier anlässlich des erfolgreichen Vertragsabschlusses zwischen der Marburger Studierendenschaft und dem Carsharing-Unternehmen "einfach mobil":

Ich zitiere:

"Philipp Ostermann (LHG) erkundigt sich, inwiefern Schmiergelder von Seiten der Fa. einfach mobil an die Mitglieder des ASTa geflossen wären, damit diese den Vertrag abschließen würden." [vorläufiges Protokoll VII des 39. StuPa, unter TOP 4]

In der darauf folgenden Sitzung am 28.04. wird nach kurzer Diskussion auf Antrag von Ortrun Brand beschlossen, diesen Satz nach Einspruch von Philipp Ostermann (er habe dies nie so gesagt) aus dem Protokoll zu streichen.

Neben den Mitgliedern der Liste FACHKRAFT erinnern sich jedoch auch unabhängige, außerparlamentarische Zeugen sehr wohl an den Vorgang, der hier aus den Akten der Geschichte gestrichen werden sollte - nicht zuletzt auch deshalb, weil in der damaligen Situation der befragte Thomas Großmann (Geschäftsführer von einfach mobil), antwortete: Es seien während der Verhandlungen lediglich Kaffee und Kekse angeboten worden.

Wir sind empört darüber, dass Vorwürfe von dieser Tragweite, die während einer offiziellen Befragung hervorgebracht wurden, per Protokolländerung regelrecht ungeschehen gemacht werden sollen, als könne man per Abstimmung darüber befinden, was sich real ereignet hat und was nicht.

Wir sind zudem davon überzeugt, dass zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Protokolländerung allen Beteiligten klar war, dass eine solche Äußerung doch stattgefunden hatte.

Wir nehmen dies zum Anlass, im Glauben an demokratische Prinzipien einen Beitrag gegen den Verfall politischer Kultur zu leisten und rufen deshalb die Tragweite der Anschuldigung des Parlamentariers in das Bewusstsein des Studierendenparlaments zurück. An erster Stelle sollte sich jedoch der betreffende Parlamentarier daran erinnern, dass zumindest eine Entschuldigung beim ASTa von seiner Seite noch aussteht.

Für die Liste FACHKRAFT
Philipp Imhof